

Avanti O.

ISO Oberhausen & FreundInnen

Beilage:
ANTIKAPITALISMUS:
Zeit zu rebellieren?

Wir sagen: Ende Gelände! Gegen Kapitalismus und für Klimagerechtigkeit weltweit!



ISO Oberhausen & Freund*innen ist eine der zahlreichen Gruppen, die den Aufruf für die Ende Gelände Aktion im Rheinischen Braunkohlerevier unterstützen. Wir dokumentieren hier den Aufruf „Ende Gelände 2019 – Kohle stoppen. Klima schützen.“ im Wortlaut.

Wir sind der sofortige Kohleausstieg. Vom 19. bis 24. Juni stellen wir uns ungehorsam der Zerstörung im Rheinland entgegen und blockieren die Kohle-Infrastruktur.

Die Zeit zu Handeln ist jetzt. Dürren, Hitzewellen, Überschwemmungen – wir wissen es längst. Die Klimakrise ist heute schon zerstörerische Realität für

Menschen auf der ganzen Welt – vor allem im globalen Süden. Und trotzdem sollen wir hier weitere 20 Jahre Kohle verheizen? Damit lassen wir uns nicht abpeisen. Wir lassen uns nicht befrieden! Wir schauen nicht länger zu wie Politik und Konzerne unsere Zukunft zerstören. Wir nehmen den Kohleausstieg selbst in die Hand – und zwar sofort!

Fortsetzung auf S. 2:

INHALT	EDITORIAL	INHALT
<p style="text-align: center;">TITEL</p> <p>01 Auf gehts, ab gehts ... Aufruf Ende Gelände 2019</p> <p style="text-align: center;">EDITORIAL/INHALT/KLIMAWANDEL</p> <p>02 Fortsetzung von S. 1</p> <p>03 Fridays for Future Flugblatt von ISO Oberhausen & Freund*innen</p> <p>04 Scherz, Satire, Radfahren Eindrücke aus Oberhausen</p> <p>04 Fahrraddemo Wir satteln um ...</p> <p style="text-align: center;">BETRIEB UND GEWERKSCHAFT</p> <p>05 Sea Life Oberhausen BR-Kündigung vom Tisch</p>	<p style="text-align: center;">EDITORIAL</p> <p><i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> Das Thema der Zeit ist F4F (Fridays for Future) bzw. ENDE GELÄNDE! (S. 1, 2, 3 und 4). Auf Seite 3 könnt ihr unsere Meinung dazu lesen. Und in Scherz, Satire und Radfahren auf Seite 4 geht es um einen kleinen, aber auch unser Klima beeinträchtigenden Aspekt: Mobilität, und wie sie gehandhabt wird. (Erst nach Redaktionsschluss hat der Rat der Stadt Mülheim den Kahlschlag beim ÖPNV – vorerst!? – doch nicht genehmigt.) Passend zum Thema findet ihr dort auch den Aufruf zu einer Fahrraddemo in Oberhausen vom Aktionsbündnis „Oberhausen sattelt um“. Wie Betriebsräte schikaniert werden, beschreiben wir immer wieder. Hier anlässlich des Termins Sea Life vs. BR vor dem Arbeitsgericht OB (S. 5). Weil Ähnliches überall im Lande geschieht, wird alljährlich in Mannheim die Konferenz „BR im Visier“ abgehalten (S. 8). Ebenfalls nicht Teil einer schönen heilen Arbeitswelt sind Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Sanatorien. Außer vielleicht für die Aktionäre. Ein Bericht über den zweiten bundesweiten Kongress der Pflegebündnisse (S. 6). Der Rat der Stadt Oberhausen ist auch „Arbeitgeber“ und als solcher ob seiner Personalpolitik zu kritisieren. Und sie gibt Anlass zu Fragen: Der Fall Elke Münich (S. 7).</p> <p style="text-align: right;"><i>Eure Redaktion</i></p>	<p style="text-align: center;">INHALT</p> <p style="text-align: center;">PFLEGENOTSTAND</p> <p>06 Pflegebündnisse Bundesweites Treffen</p> <p style="text-align: center;">OBERHAUSEN</p> <p>07 Aus dem Rathaus Absetzung einer Dezernentin</p> <p style="text-align: center;">KONFERENZ/TERMINE</p> <p>08 BR-Mobbing 6. Konferenz „Betriebsräte im Visier“</p> <p>08 Termine</p> <p style="text-align: center;">THEORIEBEILAGE</p> <p>ANTI-KAPITALISMUS: Zeit zu rebellieren?</p>

Fortsetzung von S. 1:

Im Rheinland will der Kohle-Konzern RWE Fakten schaffen: Bagger fressen sich unaufhörlich in die Landschaft, verschlingen Wälder, fruchtbares Ackerland und ganze Dörfer. Als größte CO₂-Quelle Europas zerstört die Braunkohle-Industrie im Rheinland die Zukunft von Menschen weltweit. Dem stellen wir uns entgegen! Letztes Jahr haben wir mit anderen tausenden Menschen in einem breiten Bündnis für den Hambi gekämpft. Dieses Jahr stehen wir Seite an Seite mit allen Menschen, deren Zuhause durch Kohle und Klimakrise zerstört wird. Solidarisch mit den Menschen aus Keyenberg, Kuckum und den anderen Dörfern am Tagebau Garzweiler wollen wir die Zerstörung vor Ort stoppen. Daher werden wir Kohleinfrastruktur blockieren. Das ist unsere Sofortmaßnahme für globale Klimagerechtigkeit. Alle Dörfer bleiben – im Rheinland und weltweit!

Ungehorsam für eine gerechtere Zukunft

Wir brauchen nicht nur den Kohleausstieg, sondern auch einen radikalen ge-

sellschaftlichen Wandel. Wir müssen den Kapitalismus mit seinem Wachstumszwang und seinen Ausbeutungsmechanismen überwinden. Sonst ist weder eine ernstzunehmende Bekämpfung der Klimakrise noch soziale Gerechtigkeit weltweit möglich. Das katastrophale Ergebnis der Kohlekommission zeigt, dass wir uns nicht auf die Politik verlassen können. Jetzt liegt es an uns!

Es brodelt in der Bewegung für Klimagerechtigkeit: Hunderttausende protestieren auf der Straße. Gemeinsam gehen wir jetzt einen Schritt weiter und leisten zivilen Ungehorsam. Vom 19. bis 24. Juni 2019 blockieren wir mit unseren Körpern die Kohle-Infrastruktur im Rheinland.

Unsere Aktionsform ist eine offen angekündigte Massenblockade mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten. Wir werden uns ruhig und besonnen verhalten, von uns wird keine Eskalation ausgehen, wir gefährden keine Menschen. Wir wollen eine Situation schaffen, die für alle Teilnehmenden transparent ist und in der wir aufeinander achten und uns unterstützen.

Kohleausstieg ist immer noch Handarbeit.

Also: Auf geht's, ab geht's, Ende Gelände!

Damit #AlleDörferBleiben – weltweit.

Wir sehen uns in der Grube!

BURN
CAPITALISM

ENDE GELÄNDE!

19. – 24.06.2019 RHINELAND, NEAR COLOGNE

WWW.ENDE-GELAENDE.ORG

NOT COAL!

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite! Widerstand statt Klimakatastrophe

Flugblatt der ISO Oberhausen zum globalen Aktionstag von Fridays for Future am 24. Mai 2019.

Dem jüngsten Bericht des Weltklimarats zufolge ist nur mit radikalen Maßnahmen die Erderwärmung bis Ende 2100 auf 1,5 Grad Celsius einzudämmen. Die globalen CO₂-Emissionen müssen bis 2030 um 45 % reduziert werden, bezogen auf das Basisjahr 2010. Bis 2050 muss die Weltwirtschaft CO₂-neutral sein. Vor allem ist erforderlich, dass bis dahin mindestens 80 % der noch vorhandenen fossilen Energieträger in der Erde bleiben. Doch die Nutzung von Erdöl, Erdgas, Steinkohle und Braunkohle bedeuten für die großen Energiekonzerne immense Profite. Diese verteidigen sie mit Zähnen und Klauen.

Nicht nur der Energiesektor, sondern fast die gesamte Wirtschaft beruht auf diesem Prinzip: Gnadenlose Ausbeutung von Mensch und Natur für immer mehr „Wachstum“. Davon profitieren die Kapitaleigner.

Vor der Durchsetzung des Kapitalismus gab es diesen Zwang zu stetigem Wachstum nicht. Dessen Ergebnis ist eine andauernde Überproduktion, die immer wieder Wirtschaftskrisen verursacht.

Auch deshalb muss die Macht der Konzerne gebrochen werden. Die Wirtschaft darf nicht weiter auf Gewinnmaximierung beruhen. Sie muss den Bedürfnissen von Mensch und Natur gerecht werden. Das

können wir nur durch eine sehr große außerparlamentarische Massenbewegung erreichen – hier bei uns und weltweit.

Die wirtschaftlich und politisch Herrschenden handeln vollkommen unverantwortlich. Sie nehmen die Vernichtung der Erde und unser aller Zukunft in Kauf.

Ihr Motto lautet: „Vor allem darf es keine Verluste für die Aktionäre geben!“ Ein aktuelles Beispiel dafür ist der Einfluss der Konzerne auf die Kohlekommission, die den Ausstieg aus der Kohleverstromung auf 2038 verschieben will.

Die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führt auch zu immer größerer sozialer Ungleichheit und zu Kriegen. Sie richtet immer größere Verwüstungen und Zerstörungen an.

Eine andere, eine bessere Welt ist nötig und möglich!

Das erfordert eine grundlegende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht mehr der Profit, sondern die demokratisch organisierte Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse (Ernährung, Bildung, Wohnen, Kultur, Arbeit, Gesundheit, Pflege, Infrastruktur ...) und der Schutz der Natur werden dann im Zentrum stehen.

**Wo Recht zu Unrecht wird,
wird Widerstand zur Pflicht!**

Eine Welt ohne Kapitalismus?

Du willst wissen, wie das möglich ist? Dann komm mit uns zum Internationalen Jugendsommerncamp vom 21.-27. Juli 2019 nach Segovia in Spanien! Jedes Jahr treffen sich mehrere hundert Jugendliche aus vielen Ländern. Sie tauschen sich über ihren Einsatz für eine Gesellschaft aus, die solidarisch, demokratisch und ökologisch ist. Sie lernen sich kennen, organisieren das Camp in Selbstverwaltung, feiern gemeinsam und verstehen, die Welt zu verändern. Mach mit!

Infos:

sommerncamp.blogspot.eu bzw.
info@iso-4-oberhausen.de

Wenn Dir dieses Flugblatt gefällt, Du Fragen dazu oder Kritik daran hast – dann nimm doch einfach Kontakt zu uns auf:

ISO Oberhausen,
Postfach 10 01 25,
46001 Oberhausen

Email:

info@iso-4-oberhausen.de,
Netz: www.iso-4-oberhausen.de



Fronttransparent bei der Fridays for Future Demo am 24. Mai 2019 in Oberhausen.

Foto: R. Hoffmann.

Scherz, Satire und Radfahren in Oberhausen

ERNST KOCHANOWSKI

Radfahren im Ruhrgebiet, besonders aber in Oberhausen, ist wie Angeln mit Leimruten: Oberflächlich und aus der Ferne betrachtet scheint es völlig normal, aber genauer hingeschaut ist dies doch eher befremdlich.

So verwundert es auch den Beobachter nicht weiter, wenn die Radfahrenen null Komma Prozente des Straßenverkehrs ausmachen. Dumme und gefährliche Fortbewegung hat wenig Fans.

Allerdings fahren die Leute hier auch Auto wie blöd. HmmHmmHmm! Also doch bloß mehr Angst als Verstand – man weiß ja, wie man selbst fährt?

Jedenfalls für unsere Straßen- und Verkehrsplaner*innen scheint diese Einstellung geradezu eine Berufsvoraussetzung zu sein. Die Angst vor Einschränkungen des explosionsmotorgetriebenen Fortkommens macht sich auf allen Wegen für den sanften Verkehr bemerkbar:

Buswartehäuschen werden so platziert, dass Wartende gar nicht anders können als hinderlich zu sein für Räder und Fußgänger*innen. Und dann noch Bettel-Ampeln, die ihrem Namen durch ewig lange Umschaltphasen übergroßzügig gerecht werden. Auch gibt es diese vermaledeiten Radwege, welche, weil sie der StVO, der Straßenverkehrsordnung, Hohn sprechen, NICHT als solche beschildert sind. Werden sie benutzt, ist dies also dem Fahren auf Gehwegen gleich zu setzen.

Viele Kilometer des viel gelobten Radwegenetzes in Oberhausen bestehen aus diesen Phantomwegen. Aber die Sorge um Benachteiligung der Krachfeinstaubstinke-Mobilität veranlasst die Behörden, die noch unverdrossenen Radler*innen StVO-widrig mittels Auftragen von schönen weißen Leit(d)linien nebst ebensolchen Fahrradsymbolen auf diese Wege zu locken. Dies führt als „schwarze Pädagogik“ zu dem Erziehungsziel „Radler*innen auf die Gehwege!“. Auch auf kaum autofrequentierten Nebenstraßen ist dies allgemein zu beobachten. Um so ärgerlicher, weil oft die Fußwege wegen parkender Höllenmaschinen eh nur ein Hintereinandergehen gestatten.

Der Verfasser fährt seit vielen Jahren ausschließlich mit dem Fahrrad durch

Oberhausen, aber einen durchgehend benutzbaren Radweg hat er noch nicht gesehen. Abgestellte Karren, Linienführung um Diverses wie Parkbuchten und Masten jeglicher Art, Buswartehäuschen, Baumwurzeln, marodes Pflaster und Gehwege, die so schmal sind, dass zwei nebeneinander Gehende auch noch den Radweg mit benützen müssen, bremsen, verzögern und gefährden ein Fortkommen. Sogar fast alle der wunderbaren Trassenwege sind nur wunderbar, weil sie, vielleicht mangels Anschluss an das Straßennetz, wenig benützt werden. Für größeren Verkehr in beide Richtungen mit Spazierenden, Kindern und Hunden sind sie definitiv nicht gestaltet.

Und jetzt kommt ein Knaller:

Oberhausen hat wegen einiger Ampeln, welche den Radverkehr zuvorkommend behandeln, für diese unglaublich tolle Fahrradverkehrspolitik einen Preis bekommen. Und dann praktisch noch einen zweiten, weil auch das ganze Ruhr-

gebiet für seine Radwege ausgezeichnet wurde.

Und noch ein Knaller, der auch hierzu passt:

Die Nachbarstadt Mülheim will den ÖPNV ausdünnen. Um zu sparen, und, weil diese Stadt so hervorragend an den Individualverkehr angebunden ist. Auch Oberhausen ist von dieser unzeitgemäßen Verkehrswende betroffen. Der Takt der Tram 112 soll vor 6 und nach 17:30 Uhr erheblich ausgedünnt werden.

Die Gesundheitsbelastungen des darob gesteigerten motorisierten Verkehrs tragen ja die Krankenkassen, und die Toten werden erst gar nicht beachtet. Dass unsere Bahnchefs seit vielen Jahren aus der Autoindustrie kommen und deren Politik machen, reicht wohl noch nicht. Mannomann – was für eine Bande!

Im Übrigen bin ich der Meinung, Greta hat recht, und auch F4F ist in dieser Zeit wichtiger als alle Preise, und alles Autoundsowweiterwiebisher-Denken auf dem gesamten Globus ist zu ändern. ■

OBERHAUSEN SATTELT UM Fahrraddemo Samstag, 6. Juli 2019

Das Aktionsbündnis „Oberhausen sattelt um“ lädt alle Fahrradfreundinnen und -freunde ein, sich an der Fahrraddemo zu beteiligen.

Wir starten am Stadteilladen „Anna 28“ und werden dort auch unsere Aktion bei einer kleinen Erfrischung beenden.

Wir radeln für einen modernen Mobilitätsplan, der im Laufe der nächsten 10 bis 15 Jahre realisiert werden kann.

Die unterschiedlichen Möglichkeiten der Mobilität müssen gleichberechtigt nebeneinander angeboten werden:

ÖPNV, Radfahren, Autoverkehr und Fortbewegung zu Fuß.

Alle genauen Infos wie Uhrzeit, Streckenführung etc. werden über die Website www.anna28.de bekannt gegeben.

- Aktionsbündnis für Fahrradverkehr in Oberhausen -

BR-Mobbing bei Sea Life Oberhausen

Sea Life und Legoland Oberhausen gehören zur britischen Merlin Entertainments Group. Diese Unternehmensgruppe möchte anscheinend das Betriebsverfassungsgesetz so weit wie möglich umgehen. Jedenfalls mussten die Beschäftigten der beiden Oberhausener Unternehmen lange um die Anerkennung ihrer betrieblichen Interessenvertretungen kämpfen. Und immer wieder müssen die Betriebsräte ihre Rechte einfordern. Siehe hierzu auch den Artikel in der April/Mai-Ausgabe der *Avanti O.* Zuletzt wollte die Geschäftsleitung von Sea Life einem Betriebsratsmitglied fristlos kündigen. Hier ein Bericht über die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Oberhausen:

Arbeitsgericht Oberhausen verweigert die Zustimmung zur Kündigung eines Betriebsratsmitglieds von Sea Life

PETRA STANIUS, AKUWILL

Nachdem der Gütetermin im Januar dieses Jahres ohne Ergebnis geblieben war, fand am 9. Mai vor der 2. Kammer des Arbeitsgericht Oberhausen das Zustimmungsersetzungsverfahren statt. Mit einem Beschluss des Arbeitsgerichts wollte die Geschäftsführung von Sea Life die fristlose Kündigung eines Betriebsratsmitglieds durchsetzen, zu der der Betriebsrat zuvor seine Zustimmung verweigert hatte.

Der Vorwurf, der dem Kündigungsbegehren der Geschäftsleitung des Aquazoo ursprünglich zugrunde lag, lautete „Selbstbeurlaubung“. Angeblich war das Betriebsratsmitglied eigenmächtig länger bei einem auswärtigen Seminar geblieben und darum verspätet bei der Arbeit erschienen.

Anscheinend war dem Anwalt des Aquazoo früh klar, dass diese Argumentation der Geschäftsleitung zu dünn war. So hatte er schon beim Gütetermin nachgelegt und stattdessen einen Beitrag des Kollegen bei Facebook als den wesentlichen Kündigungsgrund angeführt. Durch diesen Post sollte angeblich das Vertrauensverhältnis des Unternehmens zu dem Kollegen nachhaltig gestört sein.

Für die Verhandlung im Mai hatte der Anwalt von Sea Life nach weiterer Muniton gegen den Kollegen gesucht und noch zwei alte Abmahnungen ausgegraben, die zuvor nicht zur Sprache gekommen waren.

„Selbstbeurlaubung“ schnell vom Tisch

Tatsächlich spielte der Vorwurf der „Selbstbeurlaubung“ bei dem Beschlussverfahren kaum mehr eine Rolle. Denn schnell wurde klar, dass der Dienstplan für den Zeitraum, in dem der Kollege angeblich unentschul-

digt gefehlt hatte, vom Betriebsrat gar nicht genehmigt und somit auch nicht gültig war.

Da die Abmahnungen Jahre alt und zu völlig anderen Vorwürfen ausgesprochen worden waren, hätten sie hier keine Rolle spielen dürfen. Tatsächlich aber nahm die Debatte über die darin vorgebrachten Vorwürfe viel Raum ein und prägte wahrnehmbar das Bild, das die Richterin sich von dem Kollegen machte.

Da der ursprüngliche Kündigungsgrund der „Selbstbeurlaubung“ vom Tisch war und die Abmahnungen formal unberücksichtigt bleiben mussten, blieb als Hauptvorwurf und möglicher Kündigungsgrund der angeblich öffentliche Post, der an eine geschlossene Facebook-Gruppe mit ca. 120 Mitgliedern ging.

Nach eigener Einschätzung hatte das Gericht nur bruchstückhafte Kenntnisse über Facebook. Das veranlasste es aber nicht dazu, sich vor der Entscheidung kundig zu machen oder eine Person mit Sachkenntnis hinzuzuziehen. Indem die Richter*innen stattdessen von dem ausgingen, was sie glaubten, was richtig ist, ging ihre Unkenntnis faktisch zu Lasten des Betriebsratsmitglieds: Obwohl sie Einwände von Seiten des Betriebsrats gar nicht sachgerecht bewerten konnten, kamen sie zu dem Schluss, dass der Post eine gezielt erfolgte öffentliche Äußerung war.

Getrübler Erfolg

Jedoch war das Gericht nicht bereit, deswegen die Zustimmung des Betriebsrats zur Kündigung zu ersetzen, da es darin keinen ausreichenden Kündigungsgrund sah. Nachdem der Kollege das Angebot einer Abfindung er-

neut abgelehnt hatte und auch über einen höheren Betrag nicht verhandelt wollte, endete die Verhandlung mit einem Vergleich:

Die Begründung für das Kündigungsbegehren wird umgewandelt in eine Abmahnung, die von dem Betriebsratsmitglied akzeptiert wird. Mit der Abmahnung soll die öffentliche Äußerung gerügt und auch klargestellt werden, dass mit dem gerügten Verhalten alle Äußerungen via „soziale“ Medien, Presse und Rundfunk in die nichtbetriebliche Öffentlichkeit gemeint sind.

Nicht nur, dass dem Kollegen so ein Maulkorb auferlegt und ihm verboten wurde, sich kritisch über fragwürdige Vorgänge bei Sea Life zu äußern. Nach den Erfahrungen aus den vergangenen Jahren sind solche Vorkommnisse, die auch die Öffentlichkeit angehen, in Zukunft weiterhin zu befürchten. Der Anwalt von Sea Life hatte dem Kollegen zudem nahe gelegt, die angebotene Abfindung besser anzunehmen, da dies sonst schon die dritte Abmahnung sei. Und beim nächsten Vorfall würde die Kammer zu einer anderen Entscheidung kommen. Dieser juristisch fragwürdigen und überdies anmaßenden Aussage stimmte die Richterin auch noch zu.

Auch vor dem Hintergrund ähnlich gelagerter Fälle von Betriebsrats-Mobbing kann die Aussage des Anwalts als eine kaum verhohlene Drohung verstanden werden. Es gibt inzwischen zahllose Beispiele, wie Unternehmen Gründe konstruieren, um Betriebsratsmitgliedern fristlos zu kündigen, die sich nicht im Sinne der Geschäftsführung „friedlich“ verhalten. Leider ist es noch nicht selbstverständlich, dass Arbeitsgerichte ihre Urteile vor diesem Hintergrund treffen. ■

Initiativen gegen Pflegenotstand

Zukunftsperspektiven und bundesweite Vernetzung

C. H.

Vom 3. bis 5. Mai gab es zum zweiten Mal ein bundesweites Vernetzungstreffen der Initiativen und lokalen Bündnisse gegen Pflegenotstand, diesmal in Düsseldorf.

Der Zusammensetzung entsprechend war die Konferenz sehr NRW-geprägt. Das war nicht unbedingt ein Manko, denn es gab viel Bedarf, die Vernetzung der lokalen Initiativen dieses bevölkerungsreichsten Bundeslandes besser miteinander zu vernetzen. Ein großes Thema dabei war, ob auch in NRW ein Volksbegehren angestrebt werden sollte.

Urteil gegen Volksbegehren in Hamburg

Das könnte nach den Ereignissen in Hamburg nun wohl überholt sein. Dort hatte das Landesverfassungsgericht am 7. Mai sein Urteil verkündet. Demzufolge hätten die Länder gar keine Gesetzgebungskompetenz, die beim Bund läge. Dieser habe sie auch durch das „Pflegepersonalstärkungsgesetz“ wahrgenommen.

Interessant bei diesem Urteil ist, dass die „herrschende Meinung“ im juristischen Schrifttum genau anders argumentiert. Daran sind Gerichte allerdings nicht gebunden. Andere Landesverfassungsgerichte (z.B. in Bayern, Bremen und Berlin) könnten zu anderen Urteilen kommen, was ein niedliches rechtliches Kuddelmuddel zur Folge hätte. Das kann jedoch getrost den JuristInnen überlassen bleiben.

Die politischen Folgen sind es, die interessieren. Das Hamburger Urteil ist ein Rückschlag für alle Initiativen und wird auch die Diskussion in NRW beeinflussen. Es ließe sich jetzt darüber diskutieren, ob die Hamburger Initiative einen taktischen Fehler gemacht und das Volksbegehren zu früh eingereicht hat. Diese Diskussion wäre freilich derzeit rein theoretisch.

Wie weiter nach dem Urteil?

Die praktische Frage ist natürlich, wie die Initiativen angesichts dieser Lage weiter machen können. Das führt zu einem Paradox. Dem Hamburger Urteil lässt sich durchaus etwas für die Initiativen abgewinnen. Das Ziel war ja von vornherein, eine bundesweite Gesetzgebung zu einer vernünftigen Personalbemessung zu erreichen. „Volksbegehren“ und „Volksentscheid“ auf Landesebene sind ja eine Notlösung, weil es diese Instrumente eben auf Bundesebene nicht gibt. Dieses Urteil stellt also klar, wo die politische Verantwortung liegt.

Die Initiativen sind jetzt gezwungen, ihre Instrumentenkästen neu zu sortieren. Das heißt, sich auf die Ursprünge zu besinnen. Ursprünglich waren die Initiativen entstanden, um Arbeitskämpfe für Entlastungstarifverträge zu unterstützen.

Diese Arbeitskämpfe haben Besonderheiten, die einen zweiten Blick lohnen. Sie stellen eine Forderung auf, die tief in die „unternehmerische Freiheit“ eingreift. Sie haben Selbstorganisationsstrukturen hervorgebracht, und sie setzen das Problem der Kontrolle der Ergebnisse auf die Tagesordnung. Eine Mischung, die recht explosiv sein kann. Denn es ist vollkommen logisch und einsichtig, dass die Selbstorganisation der Beschäftigten diese Kontrolle durchführen soll.

Mag sein, dass das Hamburger Verfassungsgericht den Herrschenden einen schlechten Dienst erwiesen hat.

Wichtig ist auch, dass der ver.di-Apparat sich gegenüber der Bewegung nicht einheitlich verhält. Teilweise gehen deren Forderungen über das hinaus, was die Hauptamtlichen für richtig halten. Es gibt zudem Initiativen, die gegen den Willen von Teilen des ver.di-Apparats ihre Unterstützungsarbeit leisten.

Aktion „Olympischer Brief“

Ein weiteres großes Thema waren die geplanten Aktivitäten zur Konferenz der GesundheitsministerInnen am 5. Juni in Leipzig. Durch die Krankenhäuser ist deshalb bundesweit ein „Olympischer Brief“ unterwegs, der dann im Rahmen einer spektakulären Aktion den PolitikerInnen übergeben werden soll. Die Rundreise dieses Briefs ist ein Mittel, die Organisationsstrukturen der Beschäftigten und ihr Selbstbewusstsein zu stärken.

In einer AG wurde die Aktion sehr detailliert vorbereitet. Die Unterschriftenrollen werden abgefilmt, was einen Film von ca. 30 Minuten Länge ergibt.

Bessere Vernetzung der Bündnisse

Eine weitere Aufgabe ist die Gründung von weiteren Initiativen oder lokalen Bündnissen: Es gibt bundesweit mindestens 20 Bündnisse. An vielen weiteren Orten finden sich nun Beschäftigte und „zukünftige PatientInnen“ in Form von Verbänden oder politischen Organisationen zusammen, um etwas für mehr Personal im Krankenhaus zu unternehmen.

Der Film „Der Marktgerechte Patient“, der die Krankenhausstände deutlich darstellt und gleichzeitig zur Gegenwehr motiviert, wird von vielen Bündnissen als politisches Instrument eingesetzt.

Die Bündnisse haben weitere konkrete, organisatorische Schritte unternommen, um ihre bundesweite Struktur zu festigen. Sie haben sich über ihre lokalen Aktivitäten und Erfahrungen ausgetauscht. Das wird hoffentlich dazu führen, dass die Handlungsfähigkeit aller lokalen bzw. regionalen Initiativen verbessert wird.

Die ungekürzte Fassung dieses Artikels ist in der SoZ 06/2019 erschienen. Siehe www.sozonline.de.



Transparent auf der Solidemo für die streikenden Kolleg*innen am 9. August 2018 in Essen.

SPD wählt eigene Dezernentin ab – aber warum?

„Das notwendige Vertrauen ist nicht mehr vorhanden“, begründet SPD-Ratsfraktionschef Wolfgang Große Brömer den Antrag auf Abberufung der Beigeordneten Elke Münich.

ANDREA-CORA WALTHER*

Nachdem also die Oberhausener BürgerInnen deutlich gemacht haben, dass „das notwendige Vertrauen in die SPD nicht mehr vorhanden ist“, und immer weniger von ihnen sie wählen, sägen die jetzt noch im Rat verbliebenen VolksvertreterInnen der Partei eine von vier SPD-DezernentInnen ab.

Aber warum jetzt dieser Schritt? Aus den bisherigen Stellungnahmen erschließt es sich nicht. Es muss was mit Wahltaktik zu tun haben? Vielleicht eine Groko für das Oberhausener Parlament vorbereiten, das erste Bauern-Opfer bringen und dem potentiellen Groko-Partner CDU Verwaltungsführungspositionen schenken?

Ich verstehe nichts von internen Vorgängen und Wahltaktik in großen Volksparteien – ich war noch nie in einer. Aber ich verstehe was von Zahlen: Die Abberufung der SPD-Dezernentin zum jetzigen Zeitpunkt kostet die BürgerInnen dieser Stadt lange 2,5 Jahre ein Gehalt von sicherlich über 200.000,00 Euro – ohne Nutzen. Ein Mensch, hochqualifiziert und kompetent, wird in den Ruhestand geschickt, um verletztes Vertrauen der SPD-GenossInnen zum Ausdruck zu bringen.

Kennen wir das nicht?

Ruth Damerius – Sozialdezernentin/Stadtdirektorin – 1998 beurlaubt von diesem Posten. Sie deckte ihre städtischen MitarbeiterInnen, die jahrelang Unterhaltsleistungen für AsylbewerberInnen mit dem Land abrechneten, die gar nicht mehr in Oberhausen wohnten und füllte so – zu Unrecht – die Stadtkasse mit Landesmitteln. Sie musste gehen – gerade mal 46 Jahre alt damals – und landete weich in den Armen der AWO in Geschäftsführungsposition.

Andere Führungskräfte scheitern an der Aufgabe, MitarbeiterInnen zu überwachen, die Mobiltelefone in der Größenordnung eines Großhandels ordern, müssen Baukosten vom Job-Center vervielfachen oder scheitern an der rechtzeitigen Einreichung von Fördergeldanträgen von 2 Millionen Euro für eine Neugestaltung des Altenbergparks.

Wirkliche Konsequenzen auf der Führungsebene haben diese mangelhaften Geschäftsführungen nicht. Also ist der Ruf

nach der Abberufung jetzt ein Signal, Verantwortung der Leitungsebene ab jetzt auch auf der Leitungsebene zu lösen?

Die inhaltlichen Vorwürfe, die jetzt genannt werden, sind im Wesentlichen gar nicht von Elke Münich zu verantworten. Die Umgestaltung der Bereiche Jugend-Sozialeschule zu einem Dezernat geht zurück auf ein Gutachten der Firma Consens. Das hatte sie nicht infrage zu stellen, sondern umzusetzen. Und sie überzeugte durch ihr Auftreten von Anfang an als jemand, die „sehr kompetent ist und keine Antwort schuldig blieb“. Auf einer anderen Ebene wurde gejubelt, sie habe „dicke Eier“ – na ja, was immer das bei einer Frau aus der Sicht von Männern betrachtet, heißen mag.

Da stand sie dann am 01.01.2014 mit mehreren Mammut-Aufgaben und einem Team, „bei dem viele wichtige Stellen unbesetzt waren“, und das sie weiter einzusparen hatte. Und ich bin ihr unendlich dankbar, dass sie das verbliebene Personal in der Unterhaltsvorschussstelle gewähren ließ und diese den alleinerziehenden Elternteilen das Geld zeitnah auszahlten. Und dass sie sie nicht anwies, sich auf das Rückholen des Geldes bei dem anderen Elternteil zu konzentrieren. Und wer hat bei der „Organisation der Unterkünfte für Flüchtlinge“ nicht „den Überblick verloren“? In ganz Deutschland?

Bedauerlich finde ich, dass viele MitarbeiterInnen in der Verwaltung, die in den Bereichen arbeiten, für die Elke Münich zuständig ist, rückmelden, dass Gespräche auf Augenhöhe kaum möglich sind, und Hierarchie und Dienstweg eine höhere Priorität haben, als MitarbeiterInnen sich wünschen, und ich sie vermutlich für wünschenswert halten würde. Aber das ist nicht das, was das Vertrauen der Partei-GenossInnen erschüttert hat.

Vielleicht ist sie im „persönlichen Umgang“ mit den nun entscheidenden ParteigenossInnen „schwierig, stur und unflexibel“. Das kann ich nicht beurteilen. Aber in der Zusammenarbeit auf den Ebenen, auf denen ich mit ihr zu tun habe, hat sie Lernfähigkeit bewiesen. Hat dann selbst Versammlungen von AnwohnerInnen veranstalten lassen, bevor Gemeinschaftsunterkünfte für die Neuzugewanderten gebaut wurden; hat die Stelle

einer „Flüchtlingsbeauftragten“ befürwortet und ihr als eine der Aufgaben übertragen, mit den zahlreichen ehrenamtlichen Unterstützungssystemen für Neu Zugewanderte in regelmäßigen Austausch zu treten. Was auch mehr und mehr dazu geführt hat, dass gerade in dem Bereich, der andernorts noch zu viel Reibungsverlust führt, bei uns in Oberhausen eine Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen zugunsten der Neuzugewanderten möglich wurde, die weit über Oberhausen hinaus Anerkennung findet und beispielhaft ist.

Und sie ist nicht für die fehlenden Kita-Einrichtungen und die Kita-Unterfinanzierung verantwortlich, nicht für die maroden Schulgebäude in Oberhausen, nicht für die fehlenden LehrerInnen, nicht für die mangelhaften Bedingungen bei der Umsetzung von Inklusion in Schulen, nicht für die fehlenden Plätze für Frauen, die Gewalt ausgesetzt, im Frauenhaus abgewiesen werden, und auch nicht für die schlechte Luft hier in der Stadt. Das hat Politik in Bund, Land und Kommune zu verantworten, die seit Jahren Politik nicht für die Menschen macht.

Eine solche Abberufung hat Elke Münich nicht verdient. Und die sofortige Vollziehung dieser Abberufung schadet den Stadtfinanzen, schadet dem Ruf der Amtsführung der städtischen Verwaltung insgesamt und schadet nicht zuletzt auch der SPD als Partei, die es nicht wirklich geschafft hat, Gründe zu vermitteln, die diesen Schritt auch in der weniger-informierten Öffentlichkeit nachvollziehbar werden lassen.

Ob sich dadurch für die Menschen hier in Oberhausen vor Ort etwas verbessert?

Na ja, aber das war ja auch nicht die Begründung der SPD-GenossInnen für die Abberufung ihrer Dezernentin.

* Andrea-Cora Walther ist Mitglied im Rat der Stadt Oberhausen und Mitglied der Wählergemeinschaft Bürgerliste Oberhausen. Ihr Beitrag ist datiert vom 29.04.2019. Am 20.05.2019 hat der Rat der Abberufung von Elke Münich mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen mehrheitlich zugestimmt. ■

6. Konferenz „Betriebsräte im Visier“

19. Oktober 2019 – 13:00 – 19:00 Uhr

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Gegenmacht stärken!

Konferenz

mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen,
 Julia Friedrich (DGB Baden-Württemberg)
 Isaf Gün und Heike Madan (IG Metall Vorstand)
 Klaus Stein (IG Metall Mannheim)
 und vielen anderen

Samstag, 19. Oktober 2019

13:00 – 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim

Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
 mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
 sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
 IG BCE Weinheim, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar,
 ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln (Stand 13.04.2019)

Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.

Am 19. Oktober 2019 findet bereits zum sechsten Mal in Mannheim die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ statt.

KollegInnen, die von BR-Mobbing betroffen sind, geben uns immer wieder die Rückmeldung, wie wichtig dieser von uns organisierte Erfahrungsaustausch für ihren schwierigen Abwehrkampf ist.

Die TeilnehmerInnen der letzten Tagung am 13. Oktober 2018 haben in ihrer Entschließung festgestellt:

„Mit Verdachtskündigungen, mit Bespitzelung, Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes sowie der Installierung willfähriger Betriebsräte wird immer häufiger in zahlreichen Unternehmen und Institutionen gegen engagierte Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen vorgegangen. [...]“

Das sind direkte Angriffe auf demokratisch gewählte Interessenvertretungen von Beschäftigten. Es sind mittelbar aber auch Angriffe gegen gewerkschaftliche Organisation am Arbeitsplatz und gegen tarifvertragliche Regelungen.

Es ist ein Skandal, dass in Politik, Justiz und Medien diese fortgesetzte Verletzung von Grund- und Menschenrechten immer noch weitgehend ignoriert wird.

Wir fordern [...] die Einzelgewerkschaften auf:

- Opfern von BR-Mobbing, unbürokratisch und schnell finanzielle Notlagen-Unterstützung zu gewähren sowie
- funktionsfähige schnelle gewerkschaftliche Einsatzgruppen zu bilden, die eine umfassende Abwehr von BR-Mobbing unterstützen und gemeinsam mit den KollegInnen vor Ort Widerstand organisieren.“

Im Zentrum unserer diesjährigen Konferenz steht die Entwicklung erfolgreicher Strategien zur Stärkung betrieblicher Gegenmacht. Diese bietet die beste Gewähr zur Verhinderung und zur Abwehr von Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung durch die Gegenseite.

Zudem wollen wir uns mit den Möglichkeiten der weiteren Verbesserung einer bundesweiten Vernetzung gegen BR-Mobbing auseinandersetzen.

Vor allem aber wollen wir allen betroffenen KollegInnen ein nützliches Forum zum solidarischen Erfahrungsaustausch und zur wirksamen Unterstützung anbieten.

www.gegen-br-mobbing.de

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- MI, 19.06.19 bis MO, 24.06.19: Aktion „Ende Gelände“ im Rheinischen Braunkohlerevier (www.ende-gelaende.org)
- FR, 21.06.19, Internationaler, zentraler F4F-Streik, Demo, 12:00 Uhr, Aachen, in der Innenstadt (www.fridaysforfuture.de)
- SA, 22.06.19, Aktionstag „Kohle stoppen! Klima & Dörfer retten!“, Demo, 11:00 Uhr, ab Hochneukirch, entlang der Tagebau-Kante (www.alle-doefer-bleiben.de/aktionstag/)
- MI, 26.06.19, 19:00 Uhr, Treffen des Frauen-Plenum Oberhausen, Annastr. 28, Oberhausen

Vorschau

- MO, 01.07.19, 18:00 Uhr, Treffen vom Essener Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, Gewerkschaftshaus (Raum K2), Teichstr. 4a, Essen

Impressum + Redaktion:

ISO Oberhausen & Freund*innen
 V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
 Email: info@iso-4-oberhausen.de
 Web: www.iso-4-oberhausen.de

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
 Postfach 10 01 25
 D-46001 Oberhausen

